

KOMMENTAR



Wolfgang Mulke zum Vorstoß der EU-Verkehrsmminister

Falscher Anreiz

Höhere Gewalt ist ein dehnbarer Begriff. Grundsätzlich geht es um Ereignisse, die über Bürger oder Unternehmen unvermittelt und schuldlos hereinbrechen. Geht es nach den Verkehrsministern der EU-Mitgliedsstaaten, befreit so ein Fall Verkehrsunternehmen von der Pflicht zur Entschädigung ihrer Passagiere. Im Luftverkehr gilt diese Regelung schon. Nun sollen auch Bahnkunden leer ausgehen, wenn sie wegen Sturm oder starken Schneefalls verspätet oder gar nicht ans Ziel kommen.

Bisher muss die Bahn ihre Fahrgäste entschädigen, wenn nach einem Orkan umgestürzte Bäume auf den Gleisen liegen oder Personenschäden den Bahnverkehr ausbremsen. Aus Sicht des Unternehmens ist das verständlicherweise nicht gerecht. Doch andererseits sorgen drohende Entschädigungsansprüche für ein großes Interesse an der Vorbeugung von Zugausfällen. Wenn die Bahn nicht mehr für Verspätungen infolge eines Sturmes finanziellen Ausgleich leisten muss, lohnt sich vielleicht die Kontrolle der Grünstreifen entlang der Trassen nicht. Auch liegt die Befürchtung nahe, dass Unternehmen versuchen, sich vor Entschädigungsansprüchen mit dem Hinweis auf höhere Gewalt herauszureden. Der Ministerrat setzt hier bei allem Verständnis für die Beweggründe unter dem Strich einen falschen Anreiz.

Bahnreisen: EU-Staaten wollen Entschädigungen reduzieren

Weniger Ansprüche



Bei Verspätungen drohen geringere Entschädigungen. BILD: DPA

Brüssel. Bahnreisende sollen nach dem Willen der nationalen Regierungen in der EU künftig weniger Entschädigungsansprüche bei Verspätungen haben. Die EU-Verkehrsmminister verständigten sich am Montag in Brüssel darauf, Bahnunternehmen in Fällen höherer Gewalt – etwa bei extremen Wetterbedingungen – von der Entschädigungspflicht zu befreien. Bevor die Änderungen in Kraft treten können, müsste noch eine Verständigung mit dem Europaparlament gefunden werden. Die Abgeordneten hatten sich in der Vergangenheit kritisch dazu geäußert.

Die EU-Kommission hatte 2017 vorgeschlagen, dass Bahnunternehmen – ähnlich wie etwa Airlines – bei Verspätungen oder Ausfällen nicht zahlen müssten, wenn sie die dafür verantwortlichen Umstände nicht hätten vermeiden können. Vorgesehen ist daneben, dass die Firmen Bahnfahrer besser über ihre Rechte aufklären sollten. dpa

► **Kommentar**

Gesundheit: Engpässe bei Arzneimitteln bereiten Apothekern Sorgen / Mehr Aufwand für Mannheimer Großhändler Phoenix

„Nicht vorrätig, nicht lieferbar“

Von Miray Caliskan

Mannheim. Praktisch jeder Apotheker in Deutschland kann davon berichten: Ein Patient reicht ein Rezept für ein bestimmtes Medikament ein, und auf dem Bildschirm erscheint ein rotes Kreuz – „nicht vorrätig“ oder schlimmer noch: „nicht lieferbar“. Die stockende Versorgung bei gängigen, versorgungsrelevanten Arzneimitteln wird zu einem immer größeren Problem – sowohl für die Patienten als auch für Apotheken. „Die Lage ist in einigen Bereichen katastrophal“, berichtet Fatih Oral, Inhaber der Europa-Apotheke auf den Mannheimer Planken. „Wenn Menschen ihre Impfungen, Blutdruckpräparate oder Schilddrüsenmedikamente nicht bekommen, ist das schon nicht ganz so einfach für uns wie auch für die Patienten.“

Laut der Apothekenvereinigung ABDA hat sich die Zahl der nicht verfügbaren verschreibungspflichtigen Arzneien fast verdoppelt: von 4,7 Millionen Packungen 2017 auf 9,3 Millionen im vergangenen Jahr. Der pharmazeutische Großhändler Phoenix mit Sitz in Mannheim sieht für Lieferengpässe eine Vielzahl an Gründen: „Seit einigen Jahren ist eine Verlagerung der Produktion pharmazeutischer Wirkstoffe in außereuropäische Länder bei gleichzeitiger Konzentration auf wenige Produktionsstätten zu beobachten. Treten dort Schwierigkeiten auf, kann der weltweit wachsende Bedarf nicht bedient werden“, teilt ein Sprecher mit. Und dies würde die komplette Arzneimittelkette durcheinanderbringen.

Roche produziert auch im Inland

„Aus unserer Sicht handelt es sich tatsächlich um eine Problematik, die schwerpunktmäßig solche Arzneimittel betrifft, deren Patentschutz ausgelaufen ist“, erklärt eine Sprecherin von Roche. Das Pharmaternehmen stelle nur Originalpräparate her, Kopien von Arzneimitteln, also Generika oder Biosimilars, produziere es nicht. 90 Prozent aller Roche-Arzneimittel für Deutschland werden in Mannheim, Penzberg, in der Schweiz, in den USA und in Japan hergestellt. „Tatsächlich bedienen wir aus Deutschland heraus viele globale Märkte, darunter beispielsweise auch China.“

Die Situation sieht allerdings für bundesweit agierende pharmazeutische Großhändler wie Phoenix anders aus: Lieferengpässe- oder gar



Ein Engpass ist eine über zwei Wochen reichende Unterbrechung einer Lieferung oder eine starke Nachfrage, der nicht nachgekommen werden kann. BILD: DPA

ausfälle bedeuten für sie einen erheblichen Mehraufwand. „Bei sogenannten defekten Artikeln werden beispielsweise die Lagerorte je nach Verfügbarkeit und Nachfrage permanent angepasst, um Zeitverluste

bei der Belieferung zu vermeiden“, sagt der Phoenix-Sprecher. Die Großhändler versuchen gegenzusteuern, indem sie durch Verbundlieferungen zwischen ihren Niederlassungen zumindest regional auf-

Meldepflicht und Lagerhaltung

■ Auch die Politik will dafür sorgen, dass Patienten nicht mehr auf Arzneimittel warten müssen. **Bundesgesundheitsminister Jens Spahn** schlägt unter anderem die **Meldepflicht** vor: Pharmafirmen und Großhändlern soll künftig vorgeschrieben werden, die Bundesbehörden über Lagerbestände und drohende Lieferengpässe zu informieren.

■ Um Lieferengpässe zu vermeiden, sollen die Bundesoberbehörden Unternehmen und Großhändlern für kritische Arzneimittel Vorgaben zur **Lagerhaltung** machen können. Über die Neuregelungen wird derzeit in der Koalition beraten, sie sollen an schon **laufende Gesetzespläne** angehängt werden. dpa

retrende Lieferengpässe vermeiden. „Unabhängig ist, dass pharmazeutische Unternehmer ihre Kunden, das heißt auch den pharmazeutischen Großhandel, besser über drohende und existierende Lieferengpässe informieren, damit dieser frühzeitig reagieren und die Apotheken aufklären kann.“

Tatsächlich gibt es keine Pflicht, Arznei-Lieferengpässe zu melden – wohl aber einen Trend zu mehr freiwilligen Angaben. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat derzeit knapp 270 Meldungen über Lieferengpässe erfasst, bei rund 103 000 zugelassenen Arzneimitteln in Deutschland. Ohnehin bedeute ein Lieferengpass noch lange kein Versorgungsengpass, „da oftmals alternative Arzneimittel zur Verfügung stehen, durch die die Versorgung der Patienten weiter sichergestellt werden kann“, so ein Sprecher der Behörde.

Bei gemeldeten Lieferengpässen prüfe das BfArM, ob und gegebenenfalls wie viele Alternativpräparate bei Produktionsproblemen verfügbar sind. Davon profitiert auch Fatih Oral. „Natürlich muss man dem Kunden erst einmal klar machen, woher diese Problematiken kommen und dass diese leider nicht kurzfristig gelöst werden“, erklärt der Apotheker. „Wir versuchen zu klären, ob wir das Wunschmedikament zu einem gewissen Termin bekommen können. Falls nicht, muss man in Absprache des behandelnden Therapeuten auf andere Medikamente ausweichen.“

IN KÜRZE

USA verhängen weitere Zölle

Washington. Die USA werden laut US-Präsident Donald Trump wieder Zölle auf Stahl und Aluminium aus Argentinien und Brasilien verhängen. Die Zölle würden „unverzüglich“ wieder eingeführt, schrieb Trump im Mitteilungsdienst Twitter. Er begründete den Schritt mit der „massiven“ Abwertung der Landeswährungen der beiden südamerikanischen Länder. Dies sei „nicht gut für unsere Landwirte“. Die USA konkurrieren mit beiden Ländern bei landwirtschaftlichen Produkten wie Soja oder Mais. dpa

Insolvenzverfahren eröffnet

Frankfurt. Der Ferienflieger Condor kann im Rahmen eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung die weitere Sanierung vorantreiben. Das Amtsgericht Frankfurt eröffnete nach einem vorläufigen Schutzschirmverfahren das offizielle Hauptverfahren. Es benannte den vorläufigen Sachwalter Lucas Flöther auch zum Sachwalter des Hauptverfahrens, wie die Justiz am Montag weiter mitteilte. Er hatte in einem Gutachten bestätigt, dass die von Condor angestrebte Sanierung Aussicht auf Erfolg habe. Der Flugbetrieb soll weiter im vollen Umfang fortgesetzt werden. dpa

BMW investiert in iNext

Dingolfing. BMW investiert 400 Millionen Euro in sein größtes europäisches Werk im niederbayerischen Dingolfing. Damit soll der Standort für die Produktion des vollelektrisch und hochautonom fahrenden Luxus-SUVs iNext vorbereitet werden, teilte der Autohersteller mit. Die Fertigung soll 2021 anlaufen. Der vollelektrische iNext werde in Dingolfing vom selben Band laufen wie schon jetzt Hybride und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, so der Hersteller weiter. dpa

Stada weiter auf Einkaufstour

Bad Vilbel. Der Pharmakonzern Stada setzt seine Einkaufstour in Osteuropa fort. Die Firma übernimmt vom ukrainischen Anbieter Biopharma das Geschäft mit verschreibungspflichtigen Medikamenten und rezeptfreien Produkten. Es handele sich um eine der größten Investitionen im ukrainischen Pharmasektor, teilte Stada am Stammsitz in Bad Vilbel mit. dpa

Heideldruck: Sonnenschein bis Juli als Chefaufseher bestellt

Wechsel im Aufsichtsrat

Heidelberg. Der Wechsel an der Aufsichtsratsspitze bei der Heidelberger Druckmaschinen ist vollzogen. Martin Sonnenschein (Bild) steht dem Gremium seit 1. Dezember vor. Seine Bestellung durch das Registergericht Mannheim fand Ende November statt, wie das Unternehmen am Montag mitteilte. Sonnenschein folgt damit auf Siegfried Jaschinski, der den Aufsichtsrat vorzeitig aus persönlichen Gründen verlassen hatte.



„Die Wahl zum Aufsichtsratsvorsitzenden ist eine Ehre, aber vielmehr noch eine Verantwortung gegenüber Gesellschaftern, Kunden und Mitarbeitern“, so Sonnenschein. Der 55-Jährige ist Partner und Geschäftsführer der Unternehmensberatung A.T. Kearny. Den Angaben von Heideldruck zufolge verfügt der promovierte Wirtschaftsingenieur über langjähriges Know-how in den Bereichen Strategie und Transformation und war bei Daimler-Benz Inter-Services, E-Plus und ThyssenKrupp tätig. Sonnenschein ist bis zur Hauptversammlung im Juli kommenden Jahres bestellt und muss dort von den Aktionären gewählt werden. tbö (BILD: HEIDELDRUCK)

Altersvorsorge: Nach einer kurzen Atempause setzen die Niedrigzinsen am Kapitalmarkt den Verträgen erneut zu

Lebensversicherungen unter Druck

Von Friederike Marx

Frankfurt. Es geht wieder abwärts: Zahlreiche Kunden klassischer Lebens- und Rentenversicherungen müssen sich nach einer kurzen Atempause erneut auf sinkende Zinsen einstellen. „Das Niedrigzinsumfeld schmerzt extrem. Die Zinsen am Kapitalmarkt sind zuletzt noch einmal gesunken. Das Thema verfestigt sich immer mehr“, beschreibt der Geschäftsführer der Rating-Agentur Assekurata, Reiner Will, die Lage. Er geht davon aus, dass die laufende Verzinsung des Altersvorsorgeklassikers im kommenden Jahr im Schnitt auf etwa 2,30 Prozent sinkt, nach 2,46 Prozent 2019.

Versprechen schwer zu halten

Kunden mit alten Verträgen bekommen vielfach aber eine höhere Rendite, da sie teilweise noch von Zinsgarantien von bis zu vier Prozent profitieren. Den Unternehmen fällt es jedoch immer schwerer, die hohen Versprechen der Vergangenheit in der Zinsflaute an den Kapitalmärkten zu erwirtschaften.

Die ersten der mehr als 80 Lebensversicherer haben ihre Daten für 2020 veröffentlicht. Deutschlands größter Lebensversicherer Allianz Leben senkt die laufende Verzinsung. Bei klassischen Lebens- und Rentenversicherungen liegt die laufende Verzinsung im kommenden Jahr bei 2,5 Prozent nach zuletzt 2,8 Prozent, wie der Branchenpri-

mus mitteilte. Auch die Alte Leipziger und die Nürnberger Leben senken die Verzinsung, unter anderem Axa und die Ideal Lebensversicherung halten sie stabil.

Versicherungsmathematiker Henning Kühl erwartet in der Breite aber keinen starken Rückgang: „Bei der Verzinsung sind die Gestaltungsmöglichkeiten weitgehend ausge-

schöpft“, argumentiert der Chefversicherungsmathematiker von Policon Direkt. Der Spielraum nach unten sei bei den meisten Anbietern wegen der Garantien in den bestehenden Verträgen eng begrenzt. Policon Direkt kauft bestehende Lebensversicherungsverträge von Kunden auf und führt sie bis zum Ablauf weiter.

Die laufende Verzinsung setzt sich aus dem Garantiezins und der Überschussbeteiligung zusammen. Über die Höhe der Überschussbeteiligung entscheiden die Versicherer je nach Wirtschaftslage und Erfolg ihrer Anlagestrategie jedes Jahr neu.

Hinzu kommt der Garantiezins, der nach einer Festlegung des Bundesfinanzministeriums seit Anfang 2017 für Neuverträge bei mageren 0,9 Prozent liegt. Bei Altverträgen sind es noch bis zu 4 Prozent. Diese müssen die Unternehmen auch in der Zinsflaute erfüllen. Die laufende Verzinsung bezieht sich nur auf den Sparanteil, den der Versicherer nach Abzug von Abschluss- und Verwaltungskosten sowie dem Beitrag für einen Todesfallschutz anlegt. dpa



Mit der laufenden Verzinsung von Lebensversicherungen geht es wieder abwärts. Marktführer Allianz senkt sie für kommendes Jahr von 2,8 auf 2,5 Prozent. BILD: DPA